

Hoch- und Fachhochschulen vor ernststen Auseinandersetzungen



Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

Das lassen wir uns nicht bieten!

Gegen Rechtskurs und soziale Demontage!

In Bonn steuert alles nach rechts. Die CDU marschiert von Wahlerfolg zu Wahlerfolg. Willy Brandt bläst zum Angriff gegen alle Sozialdemokraten, die nicht auf dem Boden seiner Regierungserklärung stehen. Und die war ja nun eine — streckenweise allenfalls literarisch interessante — kaum verzuckerte Ankündigung, daß für die arbeitenden Menschen alles beim alten bleiben werde oder noch schlimmer werden solle.

In der Großindustrie, in der Forcierung der Aufrüstung, in der Stimmungsmache gegen alles Fortschrittliche.

**CDU — neue Partei
des kleinen Mannes?**



1. Mai und BAFÖG-Kampf

Jobs in den Ferien knapp

In den letzten Ferien waren Jobs knapp. Viele erfuhren damit am eigenen Leib, was selbst Herr Bundeswirtschaftsminister von Dohnanyi zwar ein wenig kleinlaut, aber wohl oder übel zugeben mußte: In diesen Ferien gab es rund 80 Prozent weniger Jobs! Zugleich steigen an allen Ecken und Enden die Preise: Vom Bier über Mieten und Immatrikulationsgebühren bis zu den Präparierkästen der Mediziner! Das ist also die Lage: Die Preise steigen weiter. Mit Jobs kann man

WS in diesem Jahr. Das war ein wichtiger Teilerfolg. Denn den Inflationszuschlag ein halbes Jahr früher oder später zu erhalten, das merkt jeder im Geldbeutel! Diesen Teilerfolg der Sternmarschbewegung versucht die Bundesregierung mit einer Darlehensregelung wieder rückgängig zu machen. Denn die Darlehensregelung sieht vor, daß von jeder monatlichen Förderungssumme 80 DM als Darlehen nach dem Studium wieder zurückgezahlt werden müssen. Das heißt: Auch das muß man mit 80 DM

Daß die Preise dieses Jahr mindestens um 10 Prozent steigen werden, ist mittlerweile nicht mehr umstritten. Für die Arbeiter und Angestellten, die sich mit 10 bis 12 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung zufriedengeben sollen, bedeutet das angesichts des starken Lohnsteuerprogression eine dicke Reallohnsenkung. Für die Studenten, die bis Oktober warten sollen, bis der BAFöG-Richtsatz auf die ohnehin unzureichenden 500 DM erhöht wird, bedeutet das, daß ihr Durchschnittseinkommen von 380 DM (Stand: Januar 1974) im Oktober real noch 350 DM beträgt.

Für die Großverdiener bedeutet das, daß sie Größen- und Größtverdiener werden: Der Shell-Ölkonzern, dessen in der Bundesrepublik realisierte Gewinne im vorigen Jahr von 2,2 Milliarden auf 4,8 Milliarden DM angestiegen sind, hat bereits angekündigt, daß er seine „Verluste“ auf dem Heizölsektor durch erneute Benzinpreiserhöhungen auszugleichen gedenkt.

Immer mehr Menschen sind sich einig: So kann es nicht weitergehen!

- Das drückt sich in harten Streik-kämpfen aus, wie im IG-Metall-Tarifgebiet Unterweser. Daß den Kollegen der faule Kompromiß nicht schmeckt, haben sie in der Urabstimmung demonstrativ bewiesen.
- Das drückt sich auch im Protest der Studenten aus: Eine so große Studentendemonstration wie den BAFöG-Sternmarsch hat es in der Bundesrepublik noch nie gegeben.

Doch wem der Profit heilig ist, wer den Großkonzernen und den Rüstungsgewinnlern nichts nehmen will, der muß jetzt seine Anstrengungen verstärken, die Krisenlasten auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen.

Der muß jetzt dazu übergehen, den lei-

sesten Ansatz von Systemkritik, von „Klassenkampfvorstellungen des vorigen Jahrhunderts“ (Willy Brandt) zu unterdrücken: Mit Kommunistenhatz, mit Parteiausschlüssen, mit Berufsverboten, mit Ordnungsrecht, mit dem Polizeiknüppel.

Ende Februar hat der MSB Spartakus auf seinem 3. Bundeskongreß festgestellt: „Der wirtschaftliche Druck auf die Arbeiterklasse und alle Schichten des Volkes, einschließlich der Masse der Studenten nimmt zu. Im Kampf gegen jeden politischen Fortschritt wird das Großkapital jetzt immer grundsätzlicher. Und „grundsätzlich“ kann beim Großkapital nur heißen: reaktionär. Der Kapitalismus wird zum Verfassungsgrundsatz Nr. 1 erklärt.“

SPD mit CDU gegen Arbeiterforderungen

Dregger erklärt sogar den sog. „demokratischen Sozialismus“ des Godesberger Programms der SPD für „antipluralistisch, antidemokratisch und totalitär“.

Und die SPD-Führung ist sich nicht zu schade, ihm und seinesgleichen in die Hände zu arbeiten. Helmut Schmidt meint, daß systemkritische Beschlüsse von Jungsozialisten „ohne übertriebenen Zeit- und Kraftaufwand durch den Parteivorstand öffentlich hörbar beiseite geschoben werden“ sollten. Das ist nicht nur windelweich gegenüber Dregger, Kohl, Carstens und Strauß, das ist im Kern derselbe Kurs. Schmidt fragt, „auf welchem Dampfer die SPD eigentlich sein will“. Und er antwortet im Chor mit Brandt, Leber, Wehner, Kühn und vielen anderen: Zurück zur „Mitte“! Doch „Mitte“ heißt im Klartext: Mit der CDU wetteifern im Kampf gegen die Lohn- und Gehaltsforderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, in der Aushöhlung der Verfassung, im Streben nach der geschicktesten Abwehr der paritätischen Mitbestimmung

Vom Standpunkt der arbeitenden Bevölkerung aus gesehen ist die SPD da auf dem falschen Dampfer.

Vom Standpunkt der Studenten aus betrachtet ebenfalls. Was sich in diesen Monaten in der „großen Politik“ tut, den Rechtstrend der Bonner Parteien und der Bundesregierung, das erleben die Studenten auch in ihrem Studium hautnah mit. Die versprochenen Reformen sind längst auf der Strecke geblieben. Numerus clausus und materielle Misere an den Hochschulen werden nicht abgemildert, sondern verschärft. Das Studium wird überhaupt immer unbefriedigender. In immer mehr Fächern wird das Studium zusammengepreßt, der Prüfungsdruck wird von Semester zu Semester stärker. Dabei werden die Berufsaussichten nicht besser, sondern unsicherer. Und was den Inhalt der Ausbildung betrifft, so mauert der Bund Freiheit der Wissenschaft am Ausbau seines Meinungsmonopols, und wer gegen dieses Meinungsmonopol aufmuckt, der soll per Ordnungsrecht diszipliniert werden.

Kraß wie selten zuvor wird deutlich: Die SPD-Führung ist auf Gedeih und Verderb mit dem großkapitalistischen System verbunden, wobei die Betonung — die Wahlen zeigen es — immer mehr auf Verderb zu legen ist.

Der CDU tut sich da ein weites Feld zur Entfaltung einer geradezu hemmungslosen sozialen Demagogie auf. Ausgerechnet die Partei der Inflationmacher spielt sich als Partei des kleinen Mannes auf, nimmt sich scheinbar der Sorgen und Nöte der durch kapitalistische Profit- und Mißwirtschaft betroffenen arbeitenden Menschen an. Und sie hat dabei Erfolge zu verbuchen! Ihr gelingt es, einen Teil des Protests gegen die kapitalhörige Politik der SPD/FDP-Bundesregierung auf ihre Mühlen zu lenken, indem sie von den eigentlichen Ursachen der wirtschaftlichen Misere ablenkt, die wahren Schuldigen deckt und statt dessen angebliche „sozialistische Experimente“ der Bundesregierung, gewerkschaftliche Lohn- und Mit-

bestimmungsforderungen, kritische Kräfte in der SPD und sog. „Verfassungsfeinde“ vor allem die Kommunisten für die Probleme der Arbeiter und Angestellten verantwortlich macht. Auch hier geht ihr die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung zur Hand. Sie nimmt ausdrücklich die Großkonzerne gegenüber der immer lauter werdenden Kritik in der Öffentlichkeit in Schutz, deckt ihre inflationsanheizenden Machenschaften. Sie kurbelt den Rüstungshaushalt kräftig an und trägt damit direkt zur Inflation bei. Die SPD-Führung macht die linken und kritischen Strömungen in der eigenen Partei für den Vertrauensschwund in der arbeitenden Bevölkerung für die SPD verantwortlich und stellt damit die Wahrheit genau auf den Kopf: Die Inflationen- und Krisenehe von SPD-Parteivorstand und Großkapital ist es doch, die die Vertrauensbasis der SPD bei

die voll unzureichende Ausbildungsförderung nicht mehr ausgleichen. Viele können die fehlenden Finanzen nicht mehr beschaffen. Und das BAFöG soll auch im Sommersemester nicht erhöht werden! Damit verschärft sich die finanzielle Situation, die soziale Lage der Studenten im Sommersemester, noch mehr.

Das weiß auch Herr von Dohnanyi. Aus gutem Grund warnt er vor einer „politischen Verschärfung“ im Sommersemester. Denn diese politische Verschärfung will die Bundesregierung mit allen Mitteln verhindern. Darum hat die Bundesregierung die „ruhigen“ Semesterferien genutzt, um einen Teil des Erfolgs der Sternmarschbewegung wieder rückgängig zu machen. Damals, im letzten Semester, einen Tag vor dem Sternmarsch hatte die Bundesregierung ja beschlossen, die BAFöG-Sätze nicht erst im Jahre 1975 zu erhöhen, sondern schon früher, zu Beginn des

Auch der muß monatlich 80 DM wieder zurückzahlen, der z.B. überhaupt nur einen monatlichen Förderungssatz von 90 DM erhält! Das ganze verkauft die Bundesregierung mit der schleimig dreisten Belehrung, „daß es in dieser Gesellschaft nichts umsonst gibt.“ Das sagt dieselbe Bundesregierung, die noch vor 3 Jahren die BAFöG-Regelung als einen großen und bedeutenden sozialen Fortschritt verkaufte. Und zwar mit der Begründung: Damit sei die unsoziale Darlehensregelung des Honnefer Modells beseitigt worden! Liegen diesem Darlehensbeschuß der Bundesregierung nur finanzielle Erwägungen zugrunde? Will sie nur Geld, wie üblich, am falschen Ende sparen? Das spielt sicher auch eine wichtige Rolle für die Bundesregierung. Aber zugleich geht es ihr darum, gegenüber der Studentenbewegung wieder in die Offensive zu kommen.

Fortsetzung Seite 2

ihren „Stammwählern“ zerstört und die der CDU die vielfältigsten demagogischen Manöver erlaubt. Damit nicht genug. In seiner „10-Punkte-Erklärung“ kündigt Willy Brandt den Parteiausschluß für alle SPD-Mitglieder an, die „Aktionseinheiten mit Kommunisten praktizieren“.

Wer produziert eigentlich Inflation und Krise — die Kommunisten oder die Herren, die an den Schalthebeln der wirtschaftlichen Macht sitzen?

Gegen den Feldzug der wirtschaftlichen Mächtigen, des Großkapitals auf die Taschen und die sozialen Errungenschaften der arbeitenden Menschen können sich die Betroffenen nur verteidigen, wenn sie sich selbst für ihre Interessen einsetzen, wenn sie aktiv werden, kämpfen, und zwar gemeinsam, solidarisch, organisiert. Auch die Studenten

Fortsetzung Seite 3

1. Mai...

Bundesregierung versucht Offensive

Denn im Verlaufe unserer Aktionen im Wintersemester hatte die Bundesregierung ja ein trauriges Bild abgeben: Als sie das volle Ausmaß der Sternmarschbewegung richtig erkannt hatte, hatte sie mit immer neuen Erklärungen und Beschlüssen bis zum letzten Tag vor dem Sternmarsch Rückzugsgefechte durchgeführt. Und aus den markigen Sprüchen Dohnanyis, „vor 1975 ist bei BAFöG keine Erhöhung drin“, war die Erhöhung für das Wintersemester 74 herausgekommen.

Mit dem Darlehensbeschluß will die Bundesregierung diese Scharfen ausweiten und wieder in die Vorhand kommen. Sie hofft, daß die Studenten jetzt müde werden, in der Aktivität nachlassen und sich lieber in ihren Büchern vergraben, anstatt für einen BAFöG-Inflationszuschlag aktiv zu werden. Zugleich hofft sie, diesen Beschluß in der Bevölkerung mit einem guten Schuß sozialer Demagogie verkaufen zu können und damit ein entscheidendes Glied in der Sternmarschbewegung zu schwächen: Nämlich die Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung für die Forderungen der Studenten.

Wie im letzten Wintersemester: Dohnanyis Rechnung geht nicht auf

Doch die Spekulationen der Bundesregierung werden auch diesmal platzen.

Wenn man vergleicht, ist das ja eine ähnliche Situation wie zu Beginn des Wintersemesters: Auch am Anfang des letzten Semesters standen die markigen Worte und Beschlüsse der Bundesregierung. Und wie damals Rückzugsgefechte begannen, so hat Herr Dohnanyi auch jetzt wieder erklärt: „Vielleicht sei doch schon früher eine Erhöhung möglich. Man müsse sehen...“ Und eins hat die Bundesregierung nicht gewagt, ihren alten Beschluß aus der Sternmarschbewegung wieder rückgängig zu machen.

Deshalb jetzt die BAFöG-Bewegung nicht abschaffen lassen, sondern weiter verbreiten:

● Für 600 DM Richtsatz und 1200 DM Elternbeitrag nach in die

sie können auf ewiger Scheinjad nicht mehr richtig, nicht qualifiziert studieren. Die Folgen sind noch schlechter ausgebildete Ärzte und Lehrer, Techniker und Ingenieure. Die Leidtragenden sind die arbeitenden Menschen!

4. Zum vierten ist diese Darlehensregelung die Wiedereinführung einer Bildungssteuer sozusagen von hinten herum. Denn eins ist doch klar: Die Kosten für ihre Ausbildung sollten nicht diejenigen zahlen, die ausgebildet werden, sondern die, die den größten Gewinn davon tragen: das Großkapital. Die Arbeiterklasse hat lange gegen alle Bildungssteuern, vom Schulgeld angefangen, gekämpft. Hier betreibt eine sozialdemokratische geführte Bundesregierung ihre Wiedereinführung.

Worum geht es also konkret für uns im nächsten Semester:

Wir müssen die Arbeit der BAFöG-Komitees auch im Sommersemester vorantreiben. Darum rufen wir alle Studenten auf, die im letzten Semester in den Aktionsgruppen mitgearbeitet haben, regelmäßig oder auch nur in der direkten Vorbereitung des Sternmarsches, darum fordern wir sie auf: Macht auch im Sommersemester wieder mit in den BAFöG-Komitees. Zeigen wir der Bundesregierung, daß ihr Rezept nicht wirkt! Beschränken wir uns nicht darauf, über die steigende Inflation zu klagen.

Unsere Aufgabe im Sommersemester

Statt dessen: Laßt uns daran gehen, an jedem konkreten Fall der Inflation konkrete Aktionen zu beginnen! Das heißt: Jeder Mensapreiserhöhung, jeder Mieterhöhung im Studentenwohnheim und anderswo, jeder Erhöhung der Immatrikulationsgebühren, aber auch zum Beispiel der Fahrpreise mit handfesten Aktionen zu begegnen. Und zwar mit Aktionen, die auf Erfolge ausgerichtet sind.

Und eins ist doch klar: In allen diesen konkreten Aktionen werden wir die arbeitende Bevölkerung klar auf unserer Seite haben! In allen diesen Aktionen können wir das Bündnis von Arbeitern und Studenten stärken. Und können wir an den Erfahrungen vieler Kommilitonen vom Wintersemester anknüpfen, die selber erfahren haben: Wo wir die Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung haben, da kommen wir voran, da können wir Erfolge erzielen!

Dieses Bündnis von Arbeitern und Studenten verlangt aber auch die Parteinahme der Studenten für die arbeitende Bevölkerung. Denn wie

„Dieses kapitalistische System ist verantwortlich für Kurzarbeit und Entlassungen. Es ist verantwortlich für die Vergeudung von Milliarden Steuergeldern in der Rüstung. Mit diesem System sind die höchsten inflationistischen Preissteigerungen seit Bestehen der Bundesrepublik verbunden. Steigende Lebenshaltungskosten, die Steuerprogression und zunehmende Abzüge höhnen die Reallöhne aus. Die Massenkaufkraft sinkt, während die Profite steigen. Ungehindert können die Ölkonzerne die Bevölkerung ausplündern. Zugleich wird der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften jede wirksame Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und in der Gesellschaft verweigert.“

Die massiven Angriffe auf den Lebensstandard, die Versuche, die Tarifautonomie, das Streikrecht und die Unabhängigkeit der Gewerkschaften auszuhöhlen, die zunehmenden Krisenerscheinungen und nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um die Mitbestimmung haben deutlich gemacht, daß Unternehmerverbände, Regierung und alle im Bundestag vertretenen Parteien eine Politik im Interesse und an der Seite des Großkapitals betreiben. Sie haben gezeigt, daß auch heute Arbeiterinteressen nur von der Arbeiterklasse selbst durchgesetzt werden können.“

Als Studenten den 1. Mai vorbereiten!

Unsere Vorbereitung des 1. Mai können wir an allen Orten ganz konkret angehen:

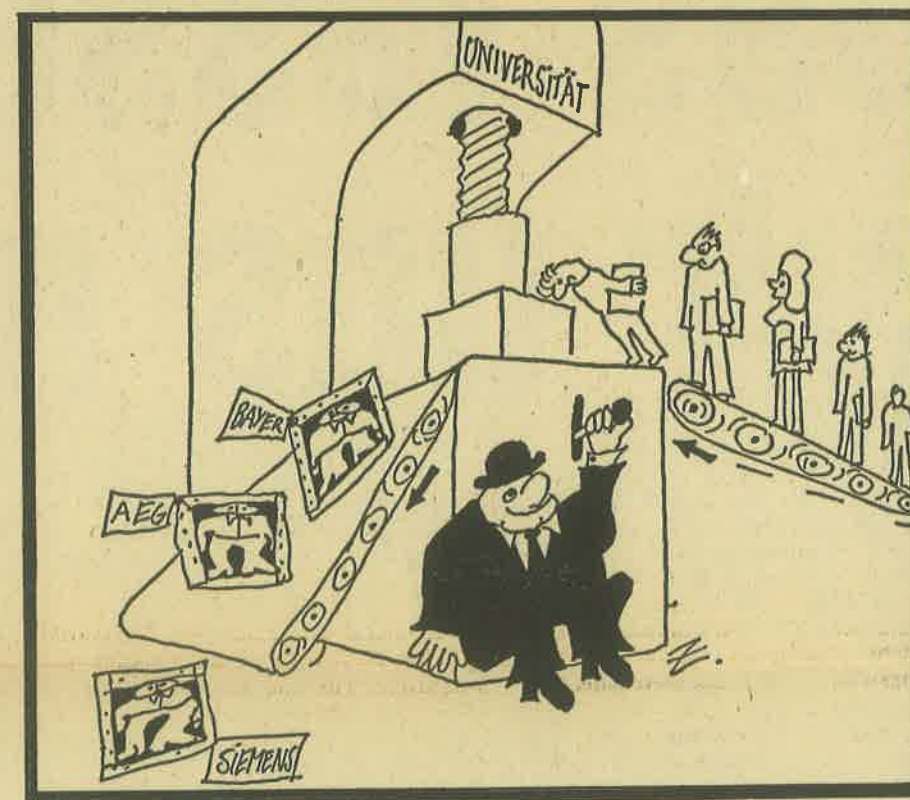
- in der Unterstützung der örtlichen gewerkschaftlichen Aktionen zum 1. Mai
- durch Solidaritätsadressen der Asten und Fachschaften, in denen wir ausgehen von unseren Aktionen zum Sternmarsch und die konkrete Unterstützung der Bevölkerung im vergangenem Semester.
- durch Informationsaktionen der BAFöG-Aktionsgruppen unter den Studenten über die Bedeutung des 1. Mai für die Arbeiterbewegung. Dazu können die Asten Veranstaltungen mit Betriebsräten und Jugendvertretern durchführen.
- durch Sammlungen für verfolgte chilenische Arbeiter.

Vor allem aber: Durch eine breite Mobilisierung der Studenten auf die lokalen 1.-Mai-Demonstrationen. Setzen wir uns in den BAFöG-Komitees die Aufgabe, in allen Seminaren und Vorlesungen über die Vorbereitung zum 1. Mai zu infor-

Was bringt das HRG?



1. Verschärfter Numerus clausus trifft in erster Linie die Arbeiterkinder.
2. „Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen.“ Über die Zulassung entscheiden letztlich zentral gesammelte Schulgutachten und die persönlichen Verhältnisse der Bewerber.



3. Das Studium wird auf 6 bis 8 Semester zusammengepreßt... der Student wird industriegerecht nach 6 Semestern ausgeworfen.
4. Der Student wird zusammengepreßt in Massenvorlesungen...
5. ... und soll reaktionäre und arbeiterfeindliche Lehrinhalte lernen!

DM Elternfreibetrag noch in diesem Jahr!

Knüpfen wir dabei an unseren ersten Kampf Erfolg an, nageln wir Dohnanyi fest, stellen wir den Fuß in die Tür:

- Vorziehung der bereits beschlossenen Erhöhung auf 1. April dieses Jahres!

Darlehensregelung nicht tragbar

Auch die Versuche der Bundesregierung, durch den Darlehensbeschluß die Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung zu torpedieren, sind auf Sand gebaut. Denn wir haben die Argumente auf unserer Seite. Dazu vier Punkte, warum eine Darlehensregelung nicht tragbar ist:

1. Auch für die studentische Intelligenz nehmen die Unsicherheit der Berufsperspektive und des Arbeitsplatzes zu. In dieser Lage bedeutet eine Rückzahlungspflicht eine weitere Verschärfung unserer sozialen Lage.
2. Zugleich bringt die Darlehensregelung eine Verschärfung des Bildungsprivilegs: Denn unter diesen Bedingungen der unsicheren Berufsperspektive und sozialen Verschärfung werden sich finanziell nicht abgesicherte Arbeiterkinder dreimal überlegen, ob sie überhaupt studieren oder ob sie nicht doch lieber gleich einen Beruf ergreifen!
3. Besonders gefährlich ist die Regelung, nach der allen Studenten ein Teil der Darlehensrückzahlung erlassen werden soll, wenn sie noch vor Ende der geplanten Regelstudienzeit ihr Studium abschließen. Denn was ist die Folge: Durch den Studiendruck haben die Studenten keine Zeit mehr, ihre sozialen und politischen Interessen wahr zu nehmen. Aber

wir als „Studenten auf das Bündnis mit der Arbeiterklasse angewiesen sind, ist es für die Arbeiterklasse von großer Bedeutung, die Intelligenz auf ihrer Seite zu wissen und sie nicht als Handlungsgehilfen der herrschenden Klasse gegen sich zu haben.“ (Studentenaktionsprogramm des MSB Spartakus, S. 86). Unsere Parteinahme für die arbeitende Bevölkerung, diese Aufgabe

Vorbereitung zum 1. Mai zu informieren und Studenten zur aktiven Teilnahme zu gewinnen!

Machen wir die Vorbereitung des 1. Mai zum Auftakt unseres Kampfes um die Vorziehung der BAFöG-Erhöhung! So wie für die Arbeiterbewegung der 1. Mai eine Manifestation ihrer Kampfbereitschaft für höhere Löhne und Verteidigung der Arbeitsplätze ist!



Die über 530 als Schrott ausgemusterten Panzer der Bundeswehr im Kreis Bergheim bestätigen den Satz des DKP-Landtagskandidaten Henner Schröder: „Statt Panzer zu bauen könnten wir genau so gut auf Steuerzahlers Kosten das ganze Jahr Urlaub machen. Rüstung erzeugt Profit und Inflation, aber keine Ware, die dem Menschen nützt. Da zahlen wir nur drauf.“ Foto: dpa

stellt sich konkret in der Vorbereitung des 1. Mai. Der Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei hat zur Lage der arbeitenden Bevölkerung in diesem Jahr in seinem Malaufruf festgestellt:

Demonstrieren wir am 1. Mai, daß die Studenten Partei ergreifen für die Arbeiter gegen den gemeinsamen Gegner, gegen Großkapital und Reaktion! Vorwärts zum 1. Mai!



6. Denn die Zensur der Lehrinhalte wird schärfer. Eine freie Literatursauswahl findet nicht mehr statt!



7. „Richter in der Uni“, dieses Bild soll nach der Einführung des Ordnungsrechts den Studenten „vertraute Gewohnheit“ werden. Die Forderung, in Vorlesungen zu diskutieren, kann dann zur Exmatrikulation ausreichen!
8. Die Organe zur studentischen Interessenvertretung, Fachschaften, Asten und auch der vds sollen kastriert und liquidiert werden!

Gegen Drill-Anstalten der Reaktion!

Auf dem 3. Bundeskongreß haben wir festgestellt: „Der Blick auf einige wesentliche Erscheinungen in der gegenwärtigen innenpolitischen Entwicklung zeigt uns, wie stark und unmittelbar das Bildungswesen von den aktuellen gesamtpolitischen Tendenzen erfaßt ist. Der bildungspolitische Kurs in der Bundesrepublik kann auf einen einfachen Nenner gebracht werden: kapitalistische Rationalisierung, Reaktion auf der ganzen Linie, Verfestigung des imperialistischen Bildungsprivilegs.“ Das werden die Studenten bestätigen, die seit Jahren nun schon auf einen Studienplatz in der Medizin warten, bzw. das Warten aus finanziellen Gründen schon aufgegeben haben.

Das soll nun nach dem HRG geändert werden: nicht etwa in Richtung der Beseitigung des NC und eines großzügigen Ausbaus des Bildungswesens, nein, denn das Geld braucht der Herr Verteidigungsminister Leber dringender: Die Entspannungspolitik sei ja ein besonders hinterhältiger Trick der Sowjetunion, um in dem Moment unerbittlich zuzuschlagen, wo der „freie“ Westen der Leber und Schleyer, der Strauß und Schmidt, der Nixon und Pinochet auf dem sanften Ruhekissen der friedlichen Koexistenz, welches die Sowjetunion und seine Satellitenstaaten dem stets nur auf Frieden sinnenden Westen bössartiger Weise untergejubelt habe, entschlafen sei. Und außerdem passe mehr Geld für die Bildung nun einmal nicht in die konjunkturelle Landschaft, denn das heize die Inflation an, warnt uns der Herr Finanzminister Schmidt, der zu Recht um die Gunst seiner Wähler bangt, der Staat müsse restriktive Haushaltspolitik betreiben. Damit auch fürderhin dieser für Stabilität und konjunkturelle Entwicklung so überaus gefährliche Ausgabenbereich „Bildungswesen“ des Staatshaushaltes seine unheilvolle Wirkung für die arbeitenden Menschen nicht entfalte, sind die Bildungsaufgaben nach dem Bildungsgesamtplan auch gleich noch um ein paar Milliarden (was ist das schon) gekürzt worden.

NC — endlich für alle

Was sich nach dem HRG nun ändern soll, wird klar: Es muß endlich ausgleichende Gerechtigkeit geschaffen werden: nicht mehr nur Mediziner, Psychologen und einige andere Studienbewerber sollen warten, nein alle. Und damit es da nicht zuviel Prozesse gibt, wird der NC durch das HRG jetzt endlich — wird aber auch Zeit — gesetzlich abgesichert. Dies kann man wahrlich eine dialektische Überwindung rechtsstaatlicher Prinzipien nennen: eine verfassungswidrige, also ungesetzliche, weil das Grundrecht auf freie Berufswahl einschränkende Maßnahme wie der NC wird zum Gesetz erhoben, nachdem man sich vorher vom höchsten die Verfassung überwachenden Organ, dem Bundesverfassungsgericht hat bestätigen lassen: die Einschränkung und allmähliche Beseitigung dieses „unveräußerlichen Grundrechtes“ sei eigentlich gar nicht grundgesetzwidrig, wenn man das Geld zum Ausbau der Hochschulen dringender für die Rüstung und

liche Tätigkeit, die man vor dem Studium ausgeübt hat, d. Verf.) wegen einer unverhältnismäßig hohen Zahl von Bewerbern zu unzumutbaren Wartezeiten führen würde“, ein „besonderes Eignungsverfahren“ entwickelt (beide Bedingungen treffen z. B. auf die Medizin zu): „schriftliche Vorauswahl“, Nachweis von „Eignungen, die in den Schulleistungen nicht ausgewiesen sind“ (§ 33, § 33 Begründung), persönliches Interview“ (§ 33 Begründung) vor einer Zulassungskommission und last not least ein „Gutachten der Schule, das eine zusammenfassende Beurteilung enthält und insbesondere über persönliche Umstände des Bewerbers (§ 34) die für die Entscheidung über die Zulassung von Bedeutung sein können“, sind die einzelnen Filter dieses Selektionsverfahrens. Mit diesem Verfahren, besonders mit Hilfe des schulischen Gutachtens kann man sich frühzeitig diese häßlichen Berufsverbotsfälle vom Halse schaffen, indem man politisch Mißbeliebige gar nicht erst an die Hochschule läßt, vor allem braucht man bei diesem Verfahren nicht die politische Einstellung als Grund der Ablehnung anzugeben, man kann andere Gründe vorschreiben. Dadurch entledigt man sich nicht nur der mißlichen Berufsverbotsfälle, sondern auch der allzu Konsequenzen und politischen Interessenvertreter in den Organen der verfaßten Studentenschaft. Übrigens, als eine kleine „demokratische“ Nettigkeit ist ihnen bei dem Verfahren auch eingefallen: das Gutachten wird nur auf „Antrag des Bewerbers“ erstellt und eingereicht (§ 34). Welch ein Zynismus, natürlich wird sich jede Zulassungskommission fragen, warum ein Bewerber ein Gutachten wohl nicht beantragt hat und mißtrauisch werden. Eine formlose, kurze telefonische Anfrage wird für sie das Problem sicherlich schnell lösen. Durch dieses ungeheuerliche Verfahren sind der Denunziation und Gesinnungsschnüffelei Tür und Tor geöffnet. Wer keinen Studienplatz erhalten hat, kommt auf die Warteliste: wer aus finanziellen Gründen das Warten aufgeben muß, sind natürlich Arbeiterkinder. Damit wird das Bildungsprivileg der Reichen an der ganzen Front des Hochschulzugangs, d. h. für alle Fächer weiter verschärft. Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Sozialstaat — schöne leere Worte unserer Hochschulwirklichkeit. So, nun nehmen wir aber einmal an, da hat es tatsächlich einer geschafft, an

Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation bei ihrer Überschreitung, Aufgliederung der Studiengänge in Kurz- und Langzeitstudien warten auf ihn. Damit er dem Staat nicht zuviel Geld kostet, denn der braucht es ja für Subventionen und Rüstung, wird das Studium in der Regel auf 8 bzw. 6 Semester zusammengepreßt. Außerdem wird auf diese Weise erreicht, daß der Student, der zusehen muß, daß er die Regelstudienzeit einhält und von morgens bis abends pauken muß (ca. 60 - 70 Stunden pro Woche) nicht auf krumme Gedanken kommt.

Während unser quaderköpfiger Freund von allen Seiten mit arbeiterfeindlicher Ideologie bombardiert wird, wird er unversehens in einen Kurzstudiengang gepreßt; das ist die Regel (70 Prozent aller Studenten), nur etwa 30 Prozent durchlaufen ein Langzeitstudium. In diesem Kurzzeitstudium erhält er eine fachborientierte, allein an einer speziellen Berufspraxis orientierte theoriefeindliche Ausbildung. Nichts gegen einen größeren Praxisbezug, doch was uns mit dem Kurzstudiengang geboten wird, ist der Versuch, entsprechend den Bedürfnissen des Großkapitals möglichst billige, mäßig qualifizierte Fachkräfte auszubilden, die kurzfristig in einen dem momentanen Stand der technischen Entwicklung entsprechenden Tätigkeitsfeld einzusehen. Da Berufe und Tätigkeitsfelder sich aber ständig mit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung ändern, unser „Kurzstudent“ auf Grund fehlender Grundlagenausbildung sehr wenig disponibel ist, seine Qualifikation der technischen Entwicklung nicht nachkommt, wird seine Arbeit mit laufender technischer Entwicklung immer weniger wert, d. h. sein Lohn sinkt, und sein Arbeitsplatz wird unsicher, er kann jeden Moment herausgefeuert werden. Gerade hieran werden die gemeinsamen Interessen von Arbeitern und Studenten an der Sicherheit des Arbeitsplatzes, an der Erhaltung des Lebensstandards deutlich. Sie erklären, warum Antikommunismus, Arbeiter und Gewerkschaftsfeindlichkeit im Hochschulbereich von Regierung und Unternehmerverbänden geschürt werden. Denn allzu leicht können diese gemeinsamen Interessen, werden sie der Masse aller Betroffenen bewußt, Ausgangspunkt eines festen und starken Bündnisses zwischen Arbeiter- und Studentenbewegung werden und damit zu einer materiellen Gewalt, die die herrschende Klasse zu fürchten hat.

Weil das so ist, muß sie jeden Ansatz von Kritik an Militarismus, Neofaschismus und arbeiterfeindlicher Ideologie unterdrücken.

Dazu braucht sie ein Ordnungsrecht, da, wie es im Entwurf von NRW-Wissenschaftsminister Rau vorsieht, Hochschullehrern erlaubt, ihnen nicht genehme Kritik dadurch zu verhindern, daß sie die entsprechenden Studenten mündlich und ohne Begründung (!)

an der Fachaufsicht des Ministers scheitern.

Weil das so ist, soll die Forschung und besonders die Auftragsforschung des Großkapitals hinter verschlossenen Türen stattfinden; denn Kriegs- und Rüstungsforschung würde auf den geschlossenen Widerstand aller demokratischen Kräfte stoßen. Deshalb wird jede Forschungskontrolle durch die Fachbereiche, durch die Öffentlichkeit unterbunden, wird die demokratische Mitbestimmung in Forschungs- und Lehrfragen durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt.

Weil das so ist, und weil die Studenten das merken könnten und sich nicht mehr nur für demokratische Alternativen zum herrschenden Wissenschaftsbetrieb interessieren, sondern den Kampf aufnehmen könnten

- für eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, der Lehrlinge, Schüler und Studenten
- für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten
- für eine höhere Ausbildungsförderung
- für ihre sozialen und politischen Interessen

weil die Studenten erkennen könnten, daß sie Erfolge nur erringen können im Kampf gegen das Monopolkapital an der Seite der Arbeiterklasse, daß sie ihre Forderungen nur im antimonopolistischen Kampf durchsetzen können und weil deshalb die Studentenbewegung zu einem festen und zuverlässigen Bestandteil der gesamtgesellschaftlichen demokratischen Bewegung werden könnte, und weil die Studenten für diesen Kampf Ästen, Fachschaften und vds als Instrumente zur Durchsetzung ihrer sozialen und politischen Interessen benutzen könnten und schon benutzt haben und weil diese Organe der verfaßten Studentenschaft zu gewerkschaftlichen, fest unter den Studenten verankerten Kampforganen werden könnten, deshalb soll die verfaßte Studentenschaft zerschlagen werden, deshalb sollen ihre Rechte ausgehöhlt werden, die Beitragshoheit, die Satzungsautonomie und das politische Mandat ihr genommen werden, um sie in den ständischen, unpolitischen und deshalb auch erfolglosen Kampf zurückdrängen und um sie gegen die Arbeiterklasse ausspielen zu können und um die Studenten dadurch in die Resignation zu treiben.

Deshalb formulierte der MSB Spartakus auf seinem 3. Bundeskongreß folgende Tagesforderungen:

1. Für die gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft mit Beitragshoheit, Satzungsautonomie und dem Recht der gesellschaftlichen Interessenvertretung der Studenten! Diese Forderungen werden auch von sämtlichen demokratischen Jugend- und Studentenorganisationen und vor allem vom DGB unterstützt.

bildungsreform zu schaffen.

Die Alternative zur Regelstudienzeit kann allerdings nur sein: Grundlegende Verbesserung der materiellen Studienbedingungen und eine Studienreform, die eine wissenschaftliche und demokratische Ausbildung ermöglicht.

Dadurch grenzen wir uns auch ab von der Demagogie rechter Studentengruppen, die verbal ebenfalls die Regelstudienzeit angreifen. Daß die Herrschenden den Widerstand der Studenten gerade gegen diese Gesetzesbestimmung fürchten beweist, daß die ersten Vorstellungen zu einer solchen Zwangsjacke für das Studium bereits 1966/67 entwickelt und veröffentlicht wurden. Aber die herrschende Klasse es bis heute nicht gewagt hat, sie durchzusetzen.

Die Geschichte der Studentenbewegung beweist uns, welche Möglichkeiten zur Massenmobilisierung gerade gegen diese Studienreglementierung bestehen.

4. Für die Verteidigung und Stärkung der demokratischen Selbstverwaltungen der Hochschulen! Keine staatliche Fachaufsicht in Forschung, Lehre und Berufungen!

5. Für die Kontrolle sämtlicher Forschungsvorhaben und Projekte durch die Fachbereiche!

Auch diese Forderungen treffen auf die Unterstützung der Gewerkschaften, fortschrittlicher Hochschullehrer und von Teilen der Regierungsparteien.

Mit dieser Orientierung gilt es jetzt, eine einheitliche und bundesweite Kampagne zu entwickeln, die die ganze Kraft der demokratischen Bewegung in die Waagschale wirft zur Durchsetzung unserer konkreten Forderungen und Ziele.

Wir haben diese Tagesforderungen aufgestellt

- weil sie hier und heute nötig sind,
- weil sie die aktuellen Tagesinteressen der Studenten zum Ausdruck bringen,
- weil sie sofort möglich sind, ohne ein grundsätzlich geändertes Kräfteverhältnis,
- weil sie am Bewußtsein der Masse der Studenten anknüpfen, die brennendsten Probleme ansprechen und deshalb die Studenten mobilisieren können,
- weil sie hineinpassen in die aktuellen politischen Auseinandersetzungen und ein breites demokratisches Bündnis auf ihrer Grundlage entwickelt werden kann,
- weil sie aus den genannten Gründen durchsetzbar sind und es sich deshalb lohnt, für sie zu kämpfen,
- weil ihre Durchsetzung bessere Bedingungen und Voraussetzungen für die Verwirklichung unserer gesamten demokratischen, antimonopolistischen Alternative bedeutet und schließlich,
- weil sie die Studenten in den Kampf führen, in den unmittelbaren Clinch mit der herrschenden Klasse, in dem

schulen dringenden für die Rüstung und für die Subventionen armer Großkonzerne brauche.

Damit nun aber nicht jeder dahergelaufene Pinkel, der da mal gerade zufällig das Abitur gemacht hat, einfach studieren kann, hat man sich etwas Besonderes ausgedacht, getreu der Richtschnur Dohnanyis: „Ein Recht auf Bildung (wie in der Verfassung der DDR) gibt es nicht“ — wo kämen wir da auch hin, dummbleiben darf doch jeder, damit hat man doch Recht und Freiheit genug — wird für „Studiengänge, in denen eine Auswahl der Bewerber nach Art und Dauer der Tätigkeit (die beruf-

da hat es tatsächlich eine geschafft, an die Hochschule zu kommen (der Autor dieses Artikels sieht sich allerdings außerstande, sich diesen Typ plastisch vorzustellen und ihn zu beschreiben). Dieser arme Schlucker, dessen Kopf in zwischen aufgrund des allseitigen Pressens und Abrasierens von unliebsamen Unebenheiten zum Quader entartet sein muß, denkt nun — sofern er diesen elementar menschlichen Vorgang beherrscht —, jetzt habe ich es geschafft, jetzt bin ich frei, hofft vielleicht sogar, sich von den Quetschungen und Pressungen des Zulassungsverfahrens zu erholen. Wir müssen ihn enttäuschen:

und ohne Begründung (!) Hausverbot erteilen können. **Weil das so ist, müssen die Herrschenden jede Mitbestimmung verhindern und statt dessen eine totale staatliche Fachaufsicht ausüben.** Rutschen die Studenten mit ihrer Forderung nach einer demokratischen Studienreform einmal durch die Maschen des Ordnungsrechts, haben sie sich zusammengetan mit fortschrittlichen Kräften unter den Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern, mit Arbeitern und Angestellten in- und außerhalb der Hochschule, soll die Durchsetzung demokratischer Ausbildungsziele spätestens

mit der herrschenden Klasse, in dem sie wichtige Erfahrungen sammeln können und in dem Bewußtseins- und Lernprozesse in Gang kommen, die die Studenten zu immer bewußteren Bündnispartnern der Arbeiterklasse gegen das Großkapital werden lassen.

2. Für das Recht auf uneingeschränkte Kritik arbeiterfeindlicher, militaristischer Forschung und Lehre! Deshalb kein Ordnungsrecht in den Hochschulgesetzen!

Auch die GEW und der Bund demokratischer Wissenschaftler haben sich gegen solche Ordnungsbestimmungen gewandt. **3. Keine Regelstudienzeiten! Keine Zwangsexmatrikulation! Aktuell wird es darum gehen, das Festschreiben solcher Regelstudienzeiten zu verhindern und bessere Bedingungen für die Verwirklichung einer demokratischen Aus-**

fitieren nur die Rechten! Der MSB Spartakus hat auf seinem 3. Bundeskongreß in Frankfurt genaue und detaillierte Vorschläge dafür entwickelt, was die Studenten jetzt und hier tun müssen und tun können, um ihre Lage zu verbessern, worauf sie sich konzentrieren müssen, wenn sie mithelfen wollen, einen Rechtsrutsch in der BRD zu verhindern. Es sind vier Kampfaufgaben, auf die sich die Studentenbewegung konzentrieren muß, da sie die aktuellen Forderungen der Studenten mit den brennendsten Problemen der arbeitenden Menschen und den wichtigsten Erfordernissen der demokratischen Bewegung verknüpfen:

— Massenaaktionen zur Durchsetzung von Sofortforderungen gegen das antidemokratische, arbeiter- und studentenfeindliche Hochschulrahmengesetz. — Weitere Verbreiterung der BAFöG-Bewegung: für 600 DM Richtsatz und 1200 DM Elternfreibetrag noch in diesem Jahr. Aufbauen auf dem bereits errungenen aber ungenügenden Teilerfolg durch die Forderung nach Vorziehen der von der Bundesregierung zugestandenen Erhöhung auf 1. April 1974 und ersatzloser Streichung der Darlehensregelung! — Verteidigung und Verwirklichung der in der Verfassung verankerten demokratischen Rechte; gegen die

Fortsetzung von Seite 1

haben diese Erfahrung gemacht. Gegen den ganzen Regierungskurs auf weitere Verschlechterung ihrer sozialen Lage konnten sie in der BAFöG-Bewegung — wenn auch nur an einem Punkt und wenn auch nur zu einem Teil — einen wichtigen Erfolg erringen. Zum gemeinsamen, organisierten Kampf um die eigenen Interessen gegen die großen Monopole und ihre politischen Statthalter gibt es keine Alternative. Was die Studenten ebenso wie die Arbeiter brauchen ist die Aktionseinheit. Deswegen ist das von Willy Brandt bekräftigte Verbot der Aktionseinheit praktisch so etwas wie ein Aktionsverbot überhaupt. Aber wer dieses Aktionsverbot befolgt, bringt sich um die einzige Möglichkeit, die eigenen Interessen zur Geltung zu bringen — denn vom Hoffen auf irgendwelche sozialliberale Wundertaten kann er sich wirklich nichts kaufen.

Man kann der DKP nur zustimmen, die in ihrer Stellungnahme zu Brandts 10 Punkten erklärt:

„Die Erfahrungen aller Kämpfe für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung bestätigen immer wieder, daß ohne gemeinsames Handeln die Interessen des Volkes nicht zur Geltung gebracht werden können. Kein Dekret der rechten sozialdemokratischen Führer kann die

gemeinsamen Klasseninteressen von kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern und Angestellten aus der Welt schaffen. Die Wirklichkeit des Klassenkampfes in der BRD zeigt: Kein Aktionsverbot kann die Arbeiter und Angestellten davon abhalten, gemeinsam für Reallohnsteigerungen, für Preisstopp, für die wichtigsten Lebensgüter, für Sicherung von Arbeitsplätzen, für demokratische Mitbestimmung, für Abrüstung und konsequente Entspannungspolitik einzutreten.

Die verschärfte Abgrenzung der rechten SPD-Führung nach links, ihre Absage an die Aktionseinheit, ihr verstärkter Antikommunismus, ihre Politik im Interesse der Konzerne unterstreichen die Tatsache, daß allein die DKP die Partei in der Bundesrepublik ist, die sich von dem Grundsatz leiten läßt: Alles für das arbeitende Volk! Sie kämpft für seine Tagesinteressen und tritt für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, für den Sozialismus ein. Die DKP ist somit auch die einzig wählbare Alternative zu den nach rechts drängenden Bonner Parteien.“

Wie tief der Antikommunismus, der von der Reaktion und von der SPD-Führung gegenwärtig geschürt wird, einwirkt und wie schädlich er ist, hat das Vorgehen der Juso-Hochschulgruppen auf der vertagten vds-MV gezeigt. Wer

mit den CDU-Studenten zusammenarbeitet und sich objektiv zum Vollstrecker der Brandtschen 10-Punkte-Erklärung in der Studentenschaft macht, setzt faktisch die zentrale Interessenvertretung der Studenten aufs Spiel. Eine erfolgreiche Organisation des Interessenkampfes der Studenten im Rahmen ihres Dachverbandes, des vds, ist nur auf der Basis der Aktionseinheit der fortschrittlichen Kräfte möglich, deren Kern die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten ist.

Auch an den Hochschulen sind die Rechtskräfte nicht zu stoppen durch Anpassung nach rechts hin und ein wie auch immer bemänteltes Nachgeben gegenüber den antikommunistischen Pressionen der SPD-Führung. Nur der gemeinsame Kampf der Studenten an der Seite der Arbeiterklasse gräbt den rechten Demagogen das Wasser ab. In dieser Situation dürfen sich die Studenten nicht einschüchtern lassen, und sie dürfen sich auch nicht ins Abseits stellen, sondern müssen mit der arbeitenden Bevölkerung zusammengehen. Mit der BAFöG-Bewegung und dem Sternmarsch sind wir in dieser Richtung vorangekommen, diesen politischen Erfolg müssen wir ausbauen. Uns geht es wie den Arbeitern: Geschenkt von „denen da oben“ bekommen wir nichts. Und wenn wir abwarten und nichts tun, pro-

fitieren nur die Rechten! Der MSB Spartakus hat auf seinem 3. Bundeskongreß in Frankfurt genaue und detaillierte Vorschläge dafür entwickelt, was die Studenten jetzt und hier tun müssen und tun können, um ihre Lage zu verbessern, worauf sie sich konzentrieren müssen, wenn sie mithelfen wollen, einen Rechtsrutsch in der BRD zu verhindern. Es sind vier Kampfaufgaben, auf die sich die Studentenbewegung konzentrieren muß, da sie die aktuellen Forderungen der Studenten mit den brennendsten Problemen der arbeitenden Menschen und den wichtigsten Erfordernissen der demokratischen Bewegung verknüpfen:

— Massenaaktionen zur Durchsetzung von Sofortforderungen gegen das antidemokratische, arbeiter- und studentenfeindliche Hochschulrahmengesetz. — Weitere Verbreiterung der BAFöG-Bewegung: für 600 DM Richtsatz und 1200 DM Elternfreibetrag noch in diesem Jahr. Aufbauen auf dem bereits errungenen aber ungenügenden Teilerfolg durch die Forderung nach Vorziehen der von der Bundesregierung zugestandenen Erhöhung auf 1. April 1974 und ersatzloser Streichung der Darlehensregelung! — Verteidigung und Verwirklichung der in der Verfassung verankerten demokratischen Rechte; gegen die

Einführung eines Ordnungsrechts an den Hochschulen; Schluß mit den Berufsverboten.

— Verstärkung der internationalen Solidarität mit dem Volk von Chile und dem Volk von Vietnam, Kampf für ein Europa der kollektiven Sicherheit und der Abrüstung.

Wir rufen alle Studenten auf: Gehen wir gemeinsam daran, und zwar sofort, diese Aktionsvorschläge zu verwirklichen!

Lest und diskutiert die roten blätter und die Dokumente des 3. Bundeskongresses des MSB Spartakus!

Sprecht die Mitglieder des Spartakus darauf an! Diskutiert mit ihnen! Unterstützt den Spartakus, werdet Mitglied. Werdet gemeinsam für Eure Interessen aktiv, mit den Arbeitern gegen das Großkapital!

Einen Finger kann man brechen, 5 Finger sind eine Faust!

rote blätter

Herausgegeben vom Bundesvorstand
des MSB Spartakus
Verantwortlich: Franz Hutzfeldt,
53 Bonn, Postfach
Druck: Plambeck & Co. Druck und
Verlag GmbH, Neuss

Juso-Hochschulgruppen, RCDS und Maos: Die Dreieinigkeit gegen die gewerkschaftliche Orientierung

Mitten in den Semesterferien machte die Studentenbewegung noch einmal Schlagzeilen: Mit der Vertagung der 26. o. Mitgliederversammlung (MV) des Verbandes Deutscher Studentenschaften (vds), die vom 7. bis zum 11. März in Bonn stattfand. Diese Vertagung können die Juso Hochschulgruppen als unrühmlichen Erfolg auf ihr Konto verbuchen. Ohne überhaupt erst zu den Fragen und Problemen der Studenten Stellung zu nehmen, bestimmte ihr Auftreten auf der vds-MV nur eine Parole: der Machtkampf mit SHB und MSB Spartakus. Diese Parole hatten sie schon am ersten Tag mit großen Lettern auf der Titelseite der Frankfurter Rundschau verbreiten lassen. Mit dieser Parole erzwangen sie auch die Vertagung der vds-MV.

Dabei waren die Bedingungen für die MV so günstig wie selten zuvor, denn der vds konnte auf dieser MV wichtige Erfolge vorweisen: mehr Studenten als je zuvor waren im vergangenen Semester in der Vorbereitung und Durchführung des Sternmarsches der weit über 40 000 Studenten nach Bonn aktiv geworden. Und ein Erfolg war nicht nur, daß dieser Sternmarsch die größte Studentendemonstration in der Geschichte der deutschen Studentenbewegung gewesen ist. Erfolge brachte auch der Sternmarsch selber: schon in seiner Vorbereitung sah sich die Bundesregierung gezwungen, ihren alten Beschluß, keine Erhöhung der BAFöG-Sätze vor 1975 vorzunehmen, zu revidieren und die Erhöhung bereits zum Oktober 1974 durchzuführen.

Aber zugleich versuchte sie in den Semesterferien, diesen Erfolg der Studenten mit dem Beschluß zu einer BAFöG-Darlehensregelung wieder kaputt zu machen, der die Studenten zu jahrelangen Ratenzahlungen zwingt und das Bildungsprivileg weiter verschärft. Damit standen aber auch die wichtigen Aufgaben für die Tagesordnung dieser MV fest:

— Die weitere Durchsetzung eines Inflationszuschlages auf die BAFöG-Höchstförderungsätze und die Erhöhung des BAFöG-Satzes auf 600 DM in diesem Jahr. Die ersatzlose Streichung aller Darlehensregelungen.

— Vorbereitung von Aktionen gegen das Sondergesetz, das die bisherige Berufsverbotspraxis scheinlegalisieren soll.

— Vorbereitung von Aktionen gegen das Hochschulrahmengesetz, das jedem

einen Punkt gestellt hatten: ihre Ankündigung, den Machtkampf mit dem Spartakus und SHB aufzunehmen! Kein Wort über die anstehenden Fragen der Studenten, kein Wort zum Sozialkampf, kein Wort zu steigenden Mieten, kein Wort zu den Berufsverboten, kein Wort zum HRG, kein Wort zur Solidarität mit den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen! Statt dessen drohten sie mit einer Lahmlegung des vds gerade in der Zeit, in der die wichtigen Aufgaben des Sommersemesters vorbereitet werden müssen.

Sie drohten mit einer Denkpause, wenn es ihnen nicht gelingen würde, den Machtkampf erfolgreich durchzusetzen. Dabei hatten sie für ihr eigenes Ziel, den Machtkampf, schlechte Ausgangsbedingungen: Denn die Juso-Hochschulgruppen besaßen nur 80 von 480 Stimmen, die gewerkschaftlich orientierten ASten aber 225 Stimmen, also fast dreimal soviel. Darum stützten sich die Jusos während der gesamten vds-MV auf die Stimmen von CDU-Studentenverband RCDS, SLH und den maoistischen Gruppierungen. Gestützt auf diese große Tradition der Negation, setzten die Jusos ihre Linie der Obstfruktioni durch; dafür einige Beispiele:

— Am ersten Tag verhinderten sie den Beginn der MV mit ihren Versuchen, die Vertreter von SHB und MSB aus der Delegation des Frankfurter AStAs auszuschließen.

Einen weiteren Tag blockierten sie die MV, um das Präsidium mehrheitlich mit Jusos und Maoisten besetzen zu können, obwohl das in keiner Weise dem Kräfteverhältnis auf der MV entsprach.

der Völker Schwarzafrikas, der Jugend, die überall auf der Welt gegen Imperialismus und Neokolonialismus kämpft... Mit diesem Beschluß wurde dem internationalen Ansehen, das der vds in den letzten Jahren erworben hat, schwerer Schaden zugefügt... Aus der Verantwortung für diesen Beschluß entlassen wir auch den Bundesvorstand der Jungsozialisten nicht!"

Keine Juso-Beschlüsse ohne RCDS-Hilfe möglich

Alle diese Beschlüsse waren nur möglich durch die Unterstützung von RCDS und seinem sozialdrapierten Partner SLH. Eine Unterstützung, die so weit ging, daß RCDS und SLH den Jusos zusicherten, sie würden dem Juso-Aktionsprogramm in der ersten Lesung zustimmen. Ein verbindendes Glied in der Negativkoalition war der Antikommunismus: Als RCDS-Vorsitzender Langguth in seinen Auftritten vom Mißbrauch des vds für die antidemokratischen Ziele von MSB und SHB sprach, da warf in gleicher Manier der Juso-Vertreter Schreiner dem Spartakus Instrumentalisierung des vds für die Poli-

Morgenluft witterten. Der „Sozialliberale Hochschulverband“ und der RCDS hatten auf der MV ausdrücklich in aller Öffentlichkeit ein gemeinsames Bündnis geschlossen. Damit sind im übrigen alle Wahlkampfbehauptungen des SLH, „nicht mit dem RCDS zu koalieren“, durch die Praxis widerlegt worden.

Damit stellt sich die Frage: Hatten die Jusos überhaupt positive Vorstellungen für die weitere Arbeit des vds? Wenn sie einmal, was selten genug geschah, zu inhaltlichen Fragen Stellung nahmen, dann zogen sie ein altes Konzept aus dem Programmgepäck der mittlerweile schon längst zugrunde gegangenen SHB-Abspaltung, der sogenannten SF-Gruppen aus der Tasche: sie wollten den vds zu einem Diskussionszirkel verschiedener sozialistischer Strategien degradieren. Das heißt: im vds sollten nur die Studenten einen Platz finden, die sich als Sozialisten verstehen.

Dagegen stand das erfolgreiche Konzept von Spartakus und SHB, das sich in den letzten Jahren bewährt hatte: nämlich keine Instrumentalisierung des vds, weder durch die Juso-Hochschulgruppen noch durch SHB oder MSB. Sondern eine vds-Politik, die allen Studenten, auch den nichtsozialistischen, den liberalen, ja auch christlich enga-

terdrückung der nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen.

Es ist derselbe Gegner, gegen den wir als Studenten nicht allein stehen, sondern gegen den wir an der Seite der arbeitenden Bevölkerung kämpfen. Denn Arbeiter und Studenten sind gemeinsam von der Inflation betroffen, gemeinsam von Berufsverboten, von Ordnungsrecht und „Friedenspflicht“. Um an der Seite der arbeitenden Bevölkerung kämpfen zu können, brauchen wir ein klares Programm, mit dem wir der Bevölkerung zeigen, daß unsere Forderungen auch tatsächlich im gemeinsamen Interesse von Studenten und arbeitender Bevölkerung liegen.

Um in der politischen Lage eines verschärften Druckes eine Aussage des vds möglich zu machen, um eine „Denkpause“, sprich Atempause für die Rechten, zu verhindern, erarbeiteten Spartakus und SHB zweimal weitgehende Kompromißprogramme: aber die Juso-Hochschulgruppen wichen keinen Finger breit von ihrer Instrumentalisierungskonzeption zurück. Als sie unter den Kompromißangeboten von Spartakus und SHB politisch in die Enge getrieben wurden, griffen sie auf ihre bewährte große Tradition zurück: im Auftrage der Juso-Hochschulgruppen ver-



— Vorbereitung von Aktionen gegen das Hochschulrahmengesetz, das jedem Studenten Regelstudienzeit, verschärfte inhaltliche Zensur des Studiums, weiter verschärften Numerus clausus und ein Ordnungsrecht bringt!

— Die Solidarität mit dem chilenischen Volk, mit den Völkern Indochinas, mit den Völkern von Spanien, Griechenland und Portugal.

Das waren die wichtigen Aufgaben, die der MSB Spartakus auf dieser vds-MV diskutieren wollte. Gemeinsam mit dem Sozialistischen Hochschulbund hat der MSB Spartakus ein Aktionsprogramm erarbeitet, das eine gemeinsame Grundlage für den Kampf der Studenten im nächsten Semester bilden sollte.

Jusos: Machtkampf statt Studentenpolitik

Anders die Juso-Hochschulgruppen: Schon einen Tag vor der vds-MV veranstalteten sie eine große Pressekonferenz, auf deren Tagesordnung sie nur

verhältnis auf der MV entsprach.

Redeverbot für internationale Gäste

Die Spitzenleistung dieser RCDS/SLH/Maoisten/Juso-Koalition aber war das Redeverbot für die Vertreter des portugiesischen Studentenverbandes, des Weltbundes der demokratischen Jugend und der Studentenverbände aus der Sowjetunion und aus den sozialistischen Staaten. Die internationalen Gäste, unter ihnen der Vertreter des griechischen Studentenverbandes, protestierten scharf gegen die Diskriminierung der internationalen Gäste. Der chilenische Vertreter hob ausdrücklich die großen Leistungen der Sowjetunion in der Solidarität mit dem chilenischen Volk hervor. Der MSB Spartakus erklärte dazu: „Mit dem Redeverbot für den Vertreter des WBDJ wurde den Vertretern der Befreiungsbewegungen Indochinas das Wort verboten, den Vertretern der palästinensischen Völker,



tik der DKP vor. Begeistert jubelten die Rechten, wenn die Jusos erklärten, auf der Sternmarsch-Kundgebung sei nur DKP-Politik verkündet worden (was den SPD-Bundestagsabgeordneten Wiechert, der zu den Rednern der Sternmarsch-Kundgebung zählte, sicher erstaunt hat).

Für diese wackere „große Tradition wider die Kommunisten“ ernteten die sonst so verteuflten Jungsozialisten nicht nur bei der bürgerlichen Presse hohes Lob, auch die SPD-Führung sparte nicht mit guten Worten. Befriedigt über solche Politik im Sinne der rechten SPD-Führung, stellte der Vorwärts am 14. März beruhigt fest: „Die Juso-Hochschulgruppen qualifizierten sich als derzeit einzige sozialdemokratische Studentenorganisation.“ Sozialdemokratisch im Sinne der rechten SPD-Führung, der Leber und Schmidt. Bei ihrer Abgrenzung nach links, bei den Versuchen, jede Aktionseinheit zu verhindern, hat die SPD natürlich ein großes Interesse, im vds die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten zu zerstören. Denn der vds, die Studentenbewegung ist ein solcher Bereich, in dem die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten weit entwickelt und entfaltet ist. Diesem Interesse der SPD-Führung aber spielten die Juso-Hochschulgruppen voll in die Hände.

Es ist nur selbstverständlich, daß die rechten Gruppen als unverzichtbare Stimmenstütze der Jusos in solcher antikomunistischen Stimmung frische

gierten, die Möglichkeit gibt, bei vds-Aktionen selbständig aktiv zu werden. Und zwar aktiv zu werden für ihre eigenen Interessen: zum Beispiel im Kampf um die Verbesserung der sozialen Lage. Diese Studenten müssen die Möglichkeit haben, an Aktionen teilnehmen zu können, in den Organen der verfaßten Studentenschaft arbeiten zu können, ohne Bekenntnisse zu sozialistischen Strategien ablegen zu müssen.

VDS — Nur für Sozialisten?

Daß das möglich ist, hat das Beispiel des Sternmarsches gezeigt, als in seiner Vorbereitung an der Basis 10 000 Studenten aktiv wurden und der vds diese Basisaktivitäten engagiert unterstützte. Um das zu leisten, brauchte der vds ein Aktionsprogramm, das den Studenten unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Richtungen eine gemeinsame Grundlage für das Ziel ihrer Aktionen bietet! Denn sie alle verbindet ja trotz der unterschiedlichen politischen Anschauung der Kampf gegen denselben Gegner. Er ist der Gegner, den die Sternmarschteilnehmer mit ihren Sprechhören sehr konkret benannten: „Wir holen uns die Kohlen von den Monopolen!“ Dieser Gegner ist das Großkapital, das in unserem Lande verantwortlich ist für die inflationäre Preistreiberei, für den Lohnabbau, das jedes Mitbestimmungsrecht den Arbeitern und Studenten verweigert, das ebenso verantwortlich ist für die Un-

handelten die Münchener Roten Zellen mit den RCDS und SLH und einigten sich auf eine Vertagung der vds-MV auf den 24. April. Die rechten Studentengruppen hatten sie damit ködern können, daß die Stimmenzahl der rechten Gruppen auf der vertagten MV am 26. April durch AStA-Wahlen und Gerichtsbeschlüsse gestärkt sein würde.

VDS weiter in Aktion!

Eine Erwartung der rechten Gruppen traf nicht ein: Der vds wurde nicht lahmgelegt. Im Gegenteil: Schon einen Tag nach Abbruch der MV beschloß der vds-Vorstand die Vorbereitung der politischen Schwerpunkte für das Sommersemester: Aktionen gegen das HRG, die Weiterführung des Sozialkampfes, Aktionen gegen das Berufsverbots-Sondergesetz und Solidaritätsaktionen für das griechische Volk.

Der vds hat die Vorbereitung des Sommersemesters mit voller Kraft begonnen. Der vds ist aktionsfähig. Eine Atempause findet nicht statt!

Und in Vorbereitung der vertagten MV bekräftigte der Bundesvorsitzende des MSB Spartakus, Steffen Lehndorff, noch einmal:

„Der MSB Spartakus hofft, daß sich die Juso-Hochschulgruppen wie auf der 25. ordentl. Mitgliederversammlung be-reiterklären, auf der Grundlage eines positiven Aktionsprogrammes im vds mitzuarbeiten. Den rechten Gegnern und den ultralinken Spaltern muß eine klare Abfuhr erteilt werden!“

In einer Presseerklärung nahm der MSB Spartakus zu den Wahlerfolgen der CDU/CSU Stellung: Auch im vds müssen die Konsequenzen aus den CDU-Wahlerfolgen gezogen werden! MSB Spartakus appelliert an die Juso-Hochschulgruppen: Macht Schluß mit der Kollaboration mit den CDU-Studenten!

Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Diskussion in der Öffentlichkeit über die Wahlergebnisse in verschiedenen Bundesländern stellte der Bundesvorstand des MSB Spartakus heute fest:

„Die alarmierenden CDU-Erfolge lassen auch die auf Ende April vertagte vds-Mitgliederversammlung in einem neuen Licht erscheinen. Denn auch an den Hochschulen fassen die Reaktionäre wieder Mut, und an den Hochschulen kann ein Beitrag dazu geleistet werden, sie zurückzuschlagen.“

Wenn jetzt alle Kraft darauf konzentriert wird, daß noch mehr Studenten den Kampf um ihre sozialen und demokratischen Rechte aufnehmen, und wenn dabei alle fortschrittlichen Kräfte gegen rechts zusammenstehen, dann kann das die Rechten stoppen. Wir rufen deshalb vor allem die Juso-Hochschulgruppen auf, jetzt endlich zur Besinnung zu kommen und jede weitere Zusammenarbeit mit dem RCDS gegen die gewerkschaftliche Ausrichtung des vds aufzugeben.

Kollaboration mit den CDU-Studenten, wie auf der vertagten MV, nutzt nicht den Jusos, sondern nur der CDU! Der MSB erneuert deshalb sein Angebot an die Juso-Hochschulgruppen zur Zusammenarbeit im vds, um auf der Basis der gemeinsamen Interessen von Studenten und Arbeitern Front zu machen gegen die Reaktion.“